

Schulprovisorien bereiten Kopfschmerzen

Kinder klagen über Lösungsmittelgerüche in Containern der Reinacher Primar Surmatten. Jetzt zeigt sich: Auch Sek Lochacker ist betroffen.

Michael Nittnaus

Einmal kann es Zufall sein. Beim zweiten Mal ist Skepsis angebracht: Dass es im Schulhaus-Propositorium der Reinacher Primar Surmatten seit Inbetriebnahme vergangenen März stinkt, legte die Gemeinde vor den Sommerferien offen. Einige Schüler und Lehrpersonen klagten teilweise über Kopfschmerzen, Halsweh, Müdigkeit. Tatsächlich belegten Messungen der spezialisierten Firma Carbotech, dass in der Raumluft Lösungsmittel verblieben sind, die bei der Herstellung der Container entstanden seien (wir berichteten).

Vermieterin der 180 Container, die auf dem Parkplatz der Primar Weiermatt 18 Klassenzimmer bilden, ist die waadtländische Firma Avesco Rent. Recherchen der bz zeigen nun: Avesco Rent hat in Reinach noch ein zweites Schulhaus-Propositorium gebaut. Seit dem Beginn des neuen Schuljahres müssen auch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Lochacker mit einem Containerbau Vorlieb nehmen, während ihre Schule saniert wird.

Erhöhte Messwerte auch in der Sek Lochacker

Für die Sekstufe ist der Kanton zuständig. Die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion betont auf Anfrage, dass es bisher keine Meldungen zu Beschwerden wegen der Luftqualität an der Sek Lochacker gegeben habe. Sprecherin Catia Allemann schreibt jedoch: «Nach Fertigstellung des Schulraumprovisoriums wurden in drei Räumen sicherheitshalber Luftproben entnommen. Die Laboranalyse zeigte dabei erhöhte



Seit Mitte März und bis Sommer 2024 ist das Surmatten-Propositorium die Heimat von 250 Primarschülern.

Bild: Kenneth Nars (Reinach, 2.9.22)

Werte bei verschiedenen leichtflüchtigen Stoffgruppen.» Zwar lägen Aldehyde nicht im kritischen Bereich. Doch als Vorsorgemassnahme seien vor Schulstart in allen Räumen mit permanenten Arbeitsplätzen Luftreinigungsgeräte mit Aktivkohlefiltern eingebaut worden. Allemann: «Kontrollmessungen sind eingeplant. Sollten weitere Massnahmen erforderlich sein, werden diese ergriffen.»

Auch die Gemeinde Reinach liess auf Anraten von Carbotech im Surmatten-Propositorium über die Sommerferien Luftreinigungsgeräte mit Aktivkohlefilter

laufen. Ende August dann die ernüchternde Nachricht: Die Messwerte einiger flüchtiger organischer Verbindungen sind noch immer erhöht. Und das nun schon fast ein halbes Jahr lang. Deshalb lud die Gemeinde am vergangenen Donnerstagabend zu einer Elterninformation in die Aula des Fichten-schulhauses. Mit rund 25 Eltern und fünf Lehrpersonen war der Andrang zwar überschaubar, doch der Frust sitzt bei einigen von ihnen tief. Ein Vater, mit dem die bz im Nachgang sprechen konnte, sagt: «Mit diesem Abend haben uns die Schule und

der Gemeinderat nicht beruhigt, sondern schockiert. Sie haben nichts Handfestes, das belegt, dass sie das Problem wirklich beheben können. Stattdessen vertragen sie uns. Und eine Entschuldigung bekamen wir auch nicht zu hören. Niemand übernimmt Verantwortung.»

Leistungsstärkere Luftreiniger geben Hoffnung

Gemeinderätin Béatrix von Sury, die sich neben der Schulleitung am Donnerstag den kritischen Fragen der Eltern stellte, sagt dazu: «Uns tut die Situation sehr, sehr leid und wir haben ab-

solutes Verständnis für den Ärger der Eltern. Aber wir haben die Probleme nicht verursacht.» Verantwortlich sei die Vermieterin der Container, eben Avesco Rent. «Ihnen ist das Ganze auch äusserst unangenehm», so von Sury. Die Firma zeige sich sehr kooperativ.

Die Mitte-Gemeinderätin gibt sich unterdessen zuversichtlich. Zwar wurden im Surmatten-Propositorium zwei Stoffe gefunden – Xylole und C7-C8-Alkybenzole – die einen Richtwert des deutschen Umweltbundesamts leicht überschreiten. Speziell: In der Schweiz existie-

ren für solche flüchtigen organischen Verbindungen gar keine Grenzwerte. Das bezeichnet der Leiter Städtebau, Bauten und Sport der Gemeinde Reinach, Frédéric Haller, gegenüber der bz kurz und knapp als «haarsträubend». Doch Carbotech glaubt, die Schadstoffe nun doch aus der Luft filtern zu können. Seit wenigen Tagen sind zwei leistungsstärkere Luftreinigungsanlagen mit einer geeigneteren Aktivkohle teilweise in zwei Räumen im Einsatz. «Vom Gefühl her ist die Luft dort schon viel besser», sagt von Sury. Auch erste Übersichtsmessungen würden eine Wirkung bestätigen.

44 stärkere Geräte müsste Avesco Rent zahlen

Das genügt dem betroffenen Vater nicht: «Auf das Gefühl möchte ich mich nicht verlassen. Das ist doch unprofessionell.» Auch dass eine gesundheitliche Gefährdung aufgrund der Messwerte ausgeschlossen werde, versteht er nicht. Ein anderer Vater habe mit seinem Kind wegen starker Symptome ins Universitätskinderhospital beider Basel fahren müssen.

Laut Haller werde kommende Woche eine Laboranalyse zeigen, ob die neuen Filter wirklich helfen. Erst dann bestelle man für alle Räume insgesamt 44 Geräte. Dafür aufkommen muss die Vermieterin Avesco Rent. Doch was ist, wenn das Problem bleibt? Schliesslich müssen die 250 Kinder bis 2024 in den Containern ausharren, bis der Neubau des Surbaum-Schulhauses steht. Dazu sagt von Sury: «Plan B lautet, richtige Lüftungsanlagen zu installieren, die stetig Frischluft in die Räume bringen.»

Langer Schulweg löst Widerstand aus

70 Eltern aus dem Quartier am Ring bitten Conradin Cramer umzudenken.

Zara Zatti

«Der Brief ist unsere letzte Hoffnung», sagt eine Mutter, die anonym bleiben will. Sie ist Mutter einer achtjährigen Tochter, die aktuell das Petersschulhaus am Petersplatz besucht. Sie ist auch eine von 70 Eltern, die das Schreiben an Regierungsrat und Erziehungsdirektor Conradin Cramer unterzeichnet hat. Dieses erreichte ihn noch vor den Sommerferien. Es geht um ein Thema, das den Eltern im Quartier schon lange Bauchschmerzen bereitet. Denn ab nächstem Schuljahr sollen laut Plan des Erziehungsdepartements Schülerinnen und Schüler aus dem Quartier ans Münsterschulhaus am Münsterplatz wechseln. Die aktuellen Erst- und Zweitklässler wurden bereits informiert. Der Wechsel ist nötig, weil das Petersschulhaus aus allen Nähten platzt.

Zwischen dem Petersschulhaus und dem Münsterschulhaus liegt laut Google Maps eine

Gehdistanz von 600 Metern und eine Gehdauer von acht Minuten. Vom Haus einer Betroffenen zeigt Google Maps einen Fussweg von 1,2 Kilometern und 16 Minuten an. Die Eltern besorgt aber nicht nur der bevorstehende längere Schulweg, sondern auch die Gefahrenlage auf diesem. Der neue Schulweg führt je nachdem über grössere Kreuzungen sowie etwa via Schifflande oder Marktplatz.

Die Polizei erachtet den Schulweg als zumutbar

Die Aufregung bei den Eltern des Quartiers am Ring ist gross, die Emotionen kochen hoch. Sie fürchten gar, dass einzelne mit dem Schulwechsel ihrer Kinder den ganzen Alltag umkrempeln müssen. Eine zweite Mutter, deren Siebenjähriger das Petersschulhaus besucht, berichtet, dass sie gezwungen wäre, den Sohn in eine andere Tagesstruktur zu schicken. Dies, damit der Schulweg zumutbar wäre. Bereits vergangenen Sommer hät-

te eine erste Klasse im umgebauten Schulhaus am Münsterplatz anfangen sollen. Doch das Erziehungsdepartement schwenkte um und plante mit zwei ersten Klassen im Petersschulhaus. Dies vermutlich, da sich viele Eltern gewehrt hatten. Nun soll es nächstes Jahr so weit sein.

Die Eltern fordern in ihrem Brief an Cramer ein zweites Primarschulhaus im Quartier. Da dieses allerdings sicher nicht bis zum nächsten Schuljahr gebaut werden könnte, setzen sie auf eine pragmatische Lösung. So sollen Kinder der 4. bis 6. Klasse künftig das Schulhaus Münsterplatz mit dem längeren Schulweg besuchen. Diesen wäre der verkehrsreiche Weg zumutbar. Die kleinen Erst- bis Drittklässler sollen weiterhin im Petersschulhaus untergebracht werden.

Die Mutter der achtjährigen Schülerin stört auch die Tatsache, dass ihre Tochter allenfalls das Schulhaus wechseln müsste.

«Während der Coronapandemie war die Schule für viele Kinder sehr wichtig als stabilisierender Faktor. Wenn sie jetzt wechseln müssen, bringt das alles wieder durcheinander.»

Bei der Beantwortung einer Interpellation zum Thema im Grossen Rat sagte Conradin Cramer: «Der Schulweg wurde und wird von der Polizei als zumutbar eingeschätzt.» Auch gibt es laut Erziehungsdepartement keine festgelegte maximale Schulwegdauer. Man schaue von Fall zu Fall. An einem Elternabend wollen die Schulen zudem über die Bildung von Pedibussen informieren. Also einen von Erwachsenen begleiteten Fussgängerzug, der die Kinder sicher in die Schule geleitet. Die ist laut den Verfassern des Briefes keine Lösung: Für Berufstätige sei der Aufwand mit der nötigen Organisation zu gross.

Das Erziehungsdepartement schreibt auf Anfrage, der Brief der Eltern werde in den nächsten Tagen beantwortet.

Gendersternchen bald auch an der Primarschule?

Anliegen Die Bildungsverantwortlichen sollen rasch Massnahmen gegen Diskriminierung in der Schule aufgleisen. Diese Forderung stellt die Petitionskommission des Grossen Rats an die Basler Regierung. Das Thema gelangte auf die politische Traktandenordnung, weil zwei Petitionen zum Thema Diskriminierung eingereicht wurden. Die Petentschaft stellt sich auf den Standpunkt, dass die Regierung nicht genügend unternimmt, um Benachteiligungen aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe, körperlichen Normen, Religionen, sozialer Stellung oder Alter zu verhindern.

Die Petitionen fordern unter anderem die Schaffung einer Fachstelle gegen Diskriminierung in der Schule und Weiterbildungen für die Lehrkräfte. Ein weiteres Thema sind zeitgemässe Lehrmittel. Die bisherigen würden sich noch immer durch eine männliche und weisse Vorrangigkeit auszeichnen. Ausserdem müssten Ethik- und Sexual-

kundeunterricht erweitert werden und diverse Geschlechter und vielfältige sexuelle Orientierung einschliessen. Auch eine gendersensible Schreibweise, also etwa das Gendersternchen, solle geprüft werden.

Regierung gegen eine neue Fachstelle

Die Regierung betont in ihrer Antwort die Bedeutung des Themas. Gleichzeitig stellt sie sich gegen die Pläne einer neuen Fachstelle, zumal die Abteilung Gleichstellung des Präsidialdepartements sich bereits dem Thema angenommen habe. Zudem verweist sie auf eine eingesezte Fachgruppe zum Thema Transgender bei Jugendlichen.

Für die Kommission sind aber noch einige Fragen offen geblieben. So baue das Erziehungsdepartement in erster Linie auf die Eigenverantwortung der jeweiligen Lehrpersonen. Auch dauere es noch lange, bis alle Lehrmittel modernisiert seien. Das Thema kommt nun nochmals ins Parlament. (hys)